

Hanspeter Mattes

Deutsches Orient-Institut, Hamburg, Januar 2002

Die US-Terrorismusbekämpfung in Nahost nach dem Sturz der Taliban. Strategien und Auswirkungen

Die Terroranschläge in New York und Washington am 11.9.2001 haben Vertreter der US-Administration, darunter besonders exponiert der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, nahezu umgehend veranlasst, in drastischen Worten die notwendige Strategie zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu umreißen. Demnach sind nicht nur die eigentlichen Urheber der terroristischen Anschläge – im vorliegenden Fall die Qa'ida-Organisation des Saudis Usama Ibn Ladin – zu liquidieren, sondern es soll auch gegen diejenigen Staaten vorgegangen werden, die Terroristen in welcher Form auch immer Unterstützung gewähren. Die Existenz solcher Staaten soll „beendet werden“.¹

Diese simple Zielsetzung, die unter dem Eindruck der Ereignisse nachvollziehbar war, hat abgesehen von frühen Warnungen vor einer Überreaktion wie u.a. von seiten des ehemaligen Verteidigungsministers William Cohen zu zwei großen Diskussionen geführt: Eine mit internationaler Beteiligung geführte Diskussion drehte sich um die Frage, welche Organisationen als terroristische Organisationen anzusehen sind und welche Staaten terroristische Organisationen unterstützen und/oder ihnen *safe havens* gewähren. Die zweite Diskussion entbrannte vor allem innerhalb der US-Administration über die operative Umsetzung der Terrorismusbekämpfung, d.h. den Grad an Parallelität oder Sukzessivität von Aktionen gegen Terrororganisationen und „Terrorstaaten“. Klar war von Anfang an nur, dass „unser Krieg gegen den Terrorismus mit der Al

¹ Paul Wolfowitz laut Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 15.9.2001 (Bin Ladin im Fadenkreuz Amerikas. Washington droht sympathisierenden Staaten): „Es geht nicht einfach darum, Leute zu fangen und zur Rechenschaft zu ziehen, sondern darum, die Zufluchtstätten und die Unterstützungssysteme zu beseitigen und Staaten, die Terroristen helfen, ein Ende zu bereiten.“

Kha×da (beginnt), aber er wird dort nicht enden“ (Präsident Bush, 20.9.2001).²

Mit dem Sturz des Taliban-Regimes (Fall von Kabul am 13.11.2001) als Resultat der engen Verknüpfung zwischen der Qa^cida-Organisation und der Taliban-Bewegung und der weitgehenden Zerschlagung der Qa^cida-Infrastruktur innerhalb Afghanistans, sind die beiden Diskussionen indes nicht zum Stillstand gekommen, sondern haben vielmehr an Brisanz gewonnen, weil mit dem bevorstehenden erfolgreichen Abschluß der ersten „Kriegsetappe“ die Frage im Raum steht: „Who’s next?“

1. Die Phalanx der Staaten unter Terrorismusverdacht

Von Repräsentanten der US-Administration, amerikanischen Wissenschaftlern und Medien wurde seit dem 11.9.2001 eine nicht immer kongruente Liste von terroristischen Organisationen bzw. von Staaten, die terroristische Organisationen unterstützen, vorgelegt. Auf der Basis des im April 2001 veröffentlichten US-Reports „Patterns of global terrorism“³ wurden zunächst der „Hauptsponsor des internationalen Terrorismus des Jahres 2000“, Iran, sowie die Staaten Irak, Libyen, Sudan und Palästina als jene Staaten genannt, die ins „Visier

² Zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung gegen das Taliban-Regime noch nicht gefallen; Präsident Bush hat ein Ultimatum gestellt, bei dessen Erfüllung die Taliban die Chance auf eine Fortsetzung ihrer Herrschaft gehabt hätten. Bush am 20.9.2001 vor dem amerikanischen Kongreß: „Und heute Abend fordern die Vereinigten Staaten von Amerika Folgendes von den Taliban: Liefern Sie den Vereinigten Staaten alle führenden Mitglieder der Al Kha×da aus, die sich in Ihrem Land verstecken. Lassen Sie alle ausländischen Staatsbürger frei – einschließlich der amerikanischen Staatsbürger – die Sie zu unrecht verhaftet haben, und schützen Sie ausländische Journalisten, Diplomaten und Helfer in Ihrem Land. Schließen Sie sofort und dauerhaft jedes terroristische Trainingslager in Afghanistan und liefern Sie jeden Terroristen sowie jede Person, die dem Unterbau der Terroristengruppen angehört, an die zuständigen Behörden aus. Ermöglichen Sie den Vereinigten Staaten vollen Zugang zu den Trainingslagern der Terroristen, so dass wir sicherstellen können, dass sie nicht weiter operieren. Über diese Forderung kann nicht verhandelt oder diskutiert werden. Die Taliban müssen handeln, und sie müssen sofort handeln. Sie werden die Terroristen aushändigen oder sie wird das gleiche Schicksal wie die Terroristen ereilen.“ (Abdruck der Rede in: Internationale Politik, Bonn, Nr. 12, Dezember 2001, S. 100-103; hier: S. 101-102)

³ Der Report *Patterns of global terrorism* wird vom *US Department of State* bereits seit den 1980er Jahren jährlich im April veröffentlicht. Er findet sich im Internet unter: www.state.gov/s/ct/rls/pgtrpt/2000/.

Washingtons“ geraten seien.⁴ Die vom *State Department* veröffentlichte Zusammenstellung terroristischer Organisationen umfasste an erster Stelle das Qa^cida-Netzwerk Ibn Ladins, gefolgt von islamistischen Organisationen (insgesamt 17) wie u.a. die algerischen *Groupes Islamiques Armés*, der ägyptische *Islamische Jihad* und die *Jama^ca al-islamiya*, die libanesische *Hizbollah* aber auch die auf den Südphilippinen operierende Abu-Sayyaf-Gruppe.⁵ Eine vom *State Department* wenige Tage nach den Anschlägen veröffentlichte Karte verzeichnete diejenigen Staaten, die „mögliche Beziehungen“ zur Ibn-Ladin-Gruppe unterhalten, womit Staaten gemeint waren, in denen sich unter Umständen aktive Qa^cida-Mitglieder aufhalten.⁶ Insbesondere die Liste der verdächtigten „Schurkenstaaten“ (rogue states) unterlag einer fluktuierenden Zusammensetzung, wurde doch seit Ende September 2001 die klassische Liste um Jemen, Somalia und Syrien erweitert und vor allem Irak und Jemen, aber immer wieder auch Somalia und Sudan als potentielle Ziele von US-Terrorbekämpfungsmaßnahmen genannt.⁷ Seit Dezember 2001 wurden schließlich gehäuft Indonesien und die Südphilippinen auf der Liste möglicher Zielstaaten von Antiterrorismusmaßnahmen in der angekündigten „Phase II“ (nach Abschluß des Afghanistankapitels) aufgeführt.⁸

⁴ Vgl. z.B. Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 15.9.2001 (Im Visier Washingtons); vgl. auch Der Spiegel, Hamburg, Nr. 38, 15.9.2001 (Der Prinz und die Terror-GmbH), besonders die Karte S. 137 (Feindbild Vereinigte Staaten).

⁵ Vgl. Jeune Afrique, Paris, 16.10.2001 (Etats-Unis : Black list).

⁶ Und zwar ohne dass dies mit Billigung der Staatsführungen geschieht. Denn weder Algerien noch Libyen, beides indizierte Länder, gehören mit Sicherheit angesichts ihrer ausgesprochen antiislamistischen Politik zu „Duldem“ solcher Aktivitäten. Die Karte ist im übrigen eindeutig parteiisch, denn neben Algerien, Libyen, Sudan, Saudi-Arabien, Jemen, Somalia, Libanon, Irak, Iran, Pakistan fehlen z.B. Spanien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland usw.; vgl. Le Monde, Paris, 18.9.2001 (Liens possibles avec le groupe Ben Laden). Von den ursprünglich genannten 34 Staaten mit vermuteten Qa^cida-Netzwerken „the U.S. is said to be considering special operations against terrorists in Afghanistan, Algeria, Sudan and along the Afghan-Pakistani border“ (International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 17.9.2001); gegenwärtig werden al-Qa^cida-Zellen in 68 Staaten vermutet.

⁷ Die Welt, Berlin, 9.10.2001 (Die USA nehmen andere arabischen Staaten ins Visier); Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29.11.2001 (Ausweitung des Anti-Terror-Krieges?); Arabies, Paris, November 2001 (Anthony Blinken, ex-conseiller de Clinton: Il n’y a pas de solution politique).

⁸ Le Temps, Tunis, 10.12.2001 (Indonésie, Yémen et Somali cibles potentielles des USA) ; International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 18.12.2001 (Next targets in terror war : not an easy call for Bush).

Erstaunlich waren die von Politikern und diversen Spezialisten abgegebenen (sachlich falschen) Begründungen, mit denen die Einbeziehung der genannten Staaten in den Kreis der „Feindstaaten“ gerechtfertigt wurde.⁹ Bei der Nennung einzelner Staaten im Zusammenhang mit Terrorismus spielte häufig nicht mehr die Förderung des internationalen (islamistischen) Terrorismus bzw. die Unterstützung al-Qa'idas eine Rolle, sondern dritte Aspekte wie das Streben nach chemischen oder biologischen Massenvernichtungswaffen sowie das Betreiben von Raketenforschungsprogrammen nach dem Motto: „Beyond Qaida, the most serious concern is Iraq. Iraq's biological weapons program remains a serious threat to international security.“¹⁰

Diese Proliferation der Zielstaaten und die inhaltliche Vermischung der Gründe für die Terrorbekämpfung in ihnen durch die USA hat sich zwangsläufig auf die Diskussion der einzuschlagenden Strategie ausgewirkt, die vor allem in der US-Administration und den Führungsgremien der US-Streitkräfte geführt wird.

2. Die Strategiediskussion in den USA

Allgemeines

Die Anschläge vom 11.9.2001 waren – wenn auch nicht für die nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten¹¹ – so doch für die USA und

⁹ So schreibt der bekannte israelische Militärhistoriker Martin van Creveld u.a. davon, dass die USA nicht über die Kräfte verfügen, „um all die Länder zu treffen, die islamischen Terroristen Unterschlupf gewährt haben, als da sind Syrien, der Irak, Libyen, Afghanistan und der Sudan“ (Die Welt, Berlin, 18.9.2001: Was Amerika tun kann). Diese Aussage ist bezüglich Libyens absolut falsch, da die Revolutionsführung nachweislich nie „islamischen Terroristen“ Unterschlupf gewährt hat. Der britische Kriegsanalytiker Michael Ignatieff äußert ebenfalls falsch auf die Frage der Staatsgebundenheit (islamistischer) Terrorgruppen: „Sie sind zum einen an Staaten gebunden – Libyen, Irak und Iran sind staatliche Sponsoren, in deren Sold Akteure des Terrorismus stehen.“ (Die Welt, Berlin, 18.9.2001: Zum Fanatismus verdammt). Der KSK-Kommandeur Brigadegeneral Reinhard Günzel meint schließlich – ebenfalls falsch informiert – im Spiegel-Interview vom 21.9.2001: „... Bin Laden genießt die materielle, personelle und strategische Unterstützung von Staaten wie Irak, Libyen und selbstverständlich Afghanistan.“

¹⁰ Vgl. ausführlich John R. Bolton: Names: Qaida, Iraq, North Korea, Libya, Syria, Sudan, in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 28.11.2001. Vgl. auch Ex-Mossad-Agent Gad Schimron, in: Die Welt, Berlin, 15.9.2001 (Der Terror wird von einem souveränen Staat unterstützt).

¹¹ Die von islamistischen Terroranschlägen betroffenen Staaten (Algerien, Ägypten, Libyen usw.) haben seit Anfang der 1990er Jahre zu entsprechenden Gegenmaßnahmen geführt, die sich auf gesamtarabischer Ebene im April 1998 in der arabischen

die europäischen Staaten Ereignisse, die hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung eine grundsätzliche Neuorientierung nach sich zogen. Die sich abzeichnende *antiterroristische Containment-Politik*¹² hat einen solchen dominanten und prägenden Einfluß auf die Außen- und Sicherheitspolitik genommen, dass in den USA bereits davon gesprochen wird, „der (gegenwärtige) Antiterrorismus habe den Platz des (früheren) Antikommunismus“ eingenommen.¹³

Unmittelbar nach dem 11.9.2001 erhob sich zwangsläufig eine in der US-Administration wie auch in der amerikanischen Öffentlichkeit geführte Debatte darüber, wie auf die Anschläge reagiert bzw. ihre Urheber zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Durchgesetzt hat sich hinsichtlich der operativen Umsetzung die Fraktion derjenigen, die zwar ein entschlossenes Handeln billigte, aber vor zu schnellen Reaktionen, vor allem Überreaktionen warnte.¹⁴ Konzeptionell standen von Anfang an zwei Varianten der Terrorbekämpfung zur Diskussion, die spätestens nach der Weigerung der Taliban-Führung zur Auslieferung Usama Ibn Ladins und der Schließung der Qa'ida-Lager nicht mehr als fakultativ, sondern als komplementär, nicht als sukzessiv, sondern als parallel zu verfolgende Strategien eingestuft wurden:

- Erstens die vollständige Aushebung des Qa'ida-Netzwerkes („Qa'ida tracking“) einschließlich verbündeter terroristischer Netzwerke und
- zweitens die militärische Beseitigung von Regimen, die terroristischen Netzwerken Unterstützung zukommen lassen oder deren Aktivitäten auf eigenem Staatsterritorium dulden (d.h. terroristische *safe haven* bereitstellen).

Antiterrorismuskonvention niederschlugen. Vgl. Text in: Nahost-Jahrbuch 1998, Opladen 1999, S. 221-224.

¹² Vgl. hierzu auch Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 6./7.10.2001 (Ein Containment des Terrorismus).

¹³ IPS, Washington, 23.9.2001 (Politics-U.S.: Anti-terrorism takes the place of Anti-communism).

¹⁴ So z.B. Außenminister Colin Powell oder Walter Laqueur, Direktor des *Center for Strategic and International Studies* in Washington; vgl. Die Welt, Berlin, 24.9.2001 (Die Angst ist ein noch schlechterer Ratgeber als die Rache); vgl. auch die Ausführungen von Stanley Hoffman, Professor für Internationale Politik an der Universität Harvard, in: Jeune Afrique, Paris, 6.11.2001 (Pourquoi l'Amérique doit être modeste).

Die Umsetzung der beiden Strategien variierte indessen entsprechend den taktischen Erfordernissen. So war offensichtlich, dass bis zum Beginn der militärischen Operationen gegen die Taliban in Afghanistan am 7.10.2001 die Ermittlungsarbeit gegen das Qa^cida-Netzwerk und seine finanzielle Infrastruktur nach außen dominierten, während ab 7.10.2001 die militärischen Aktionen im Vordergrund standen. Nach dem Fall von Kabul am 13.11.2001, der Einnahme der Taliban-Hochburg Kandahar und der Eroberung der Qa^cida-Festung von Tora Bora im Dezember 2001,¹⁵ mit der der Afghanistan-Feldzug weitgehend sein ursprüngliches Ziel (überraschend schnell)¹⁶ erreichte, wurde zwangsläufig wieder die Frage nach den prioritären „Kriegszielen“ akut:

- Fortsetzung der Suche nach dem verschwundenen Qa^cida-Führer Usama Ibn Ladin, dem Taliban-Führer Mulla Umar und anderen flüchtigen Kadern des Terrornetzwerkes oder
- stärkere Konzentration auf die Liquidierung weiterer *terrorist safe haven*, insbesondere jene, in die sich aus Afghanistan geflüchtete arabische Qa^cida-Mitglieder gerettet haben.

Die USA und die von ihr geschmiedete Antiterrorismuskolalition treten deswegen gegenwärtig in eine kritische Phase ein, hat doch der Antiterrorismuskampf/-krieg Anfang 2002 ein Stadium erreicht, wo er sich sowohl zeitlich als auch räumlich auszudehnen beginnt, sich – wie Herbert Kremp es formulierte – „auf Wanderschaft begibt“.¹⁷

Die USA selbst scheinen hierfür gut gerüstet:¹⁸ Zum einen befürwortet die Mehrheit der US-Bevölkerung eine Ausweitung des „Feldzuges gegen den Terror“ (zumindest im Dezember 2001 72% Zustimmung für

¹⁵ Dies schloß vereinzelt Luftangriffe (sog. Zweit- und Drittschläge) auf Überreste von Qa^cida-Lagern und Regenerierungsversuche von Qa^cida-Kämpfern in den südwestlichen Gebirgsregionen zu Pakistan nicht aus; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 9.1.2001 (Wieder Schläge auf Al-Qaida-Lager).

¹⁶ Der schnelle Erfolg trotz aller vorherigen skeptischen Mutmaßungen über einen langen, bevorstehenden Guerillakrieg, einen Kriegseinsatz durch eine zerbrechliche Antiterrorkoalition usw. (vgl. exemplarisch die Überlegungen von Lothar Rühl in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 14.11.2001: Koalitionspolitik und Kriegsstrategie unter dem Halbmond) hat US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz ganz andere Sorgen beschert: „Ce qui m’inquiète, c’est que beaucoup de gens puissent penser que l’histoire est terminée“ (Le Monde, Paris, 29.11.2001: Paul Wolfowitz).

¹⁷ Vgl. Die Welt, Berlin, 3.1.2002 (Ein Sühnekrieg auf Wanderschaft).

¹⁸ Dies schließt einen von Präsident Bush gebilligten Verteidigungshaushalt in Höhe von 318 Mrd. US-\$ (!) für das Jahr 2002 ein; Le Monde, Paris, 12.1.2002 (318 milliards de dollars ...).

einen Militäreinsatz gegen den Irak; 75% Zustimmung für Angriffe auf Terroristenstützpunkte im Jemen, im Sudan und in Somalia),¹⁹ zum anderen bereitet die US-Administration psychologisch den Boden, indem sie offen davon spricht, dass der Kampf gegen den Terrorismus „ein langer, harter Einsatz“ (Außenminister Powell) wird. Präsident Bush bezeichnete Afghanistan „erst als Anfang“ und das Jahr 2002 als „Kriegsjahr“.²⁰ In völkerrechtlicher Hinsicht argumentieren die trotz *Antiterrorkoalition* unilateralistisch denkenden und handelnden USA²¹ mit dem Recht auf Selbstverteidigung. Obwohl ein Vorgehen gegen Drittstaaten von Kritikern verurteilt wird, weil es im Widerspruch zur UNO-Charta steht und durch die am 12.9.2001 vom UNO-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1368 zur Terrorismusbekämpfung nicht legitimiert ist,²² hat US-Verteidigungsminister Rumsfeld im Dezember 2001 selbstbewußt verkündet, dass die USA kein neues Mandat der UNO für ihren geplanten Feldzug gegen Drittstaaten brauchen.²³

Qa'ida-tracking

Die bislang relativ erfolgreiche Zerschlagung des Qa'ida-Netzwerkes in Afghanistan wie auch außerhalb hat die Frage nach der weiteren Zielsetzung in bezug auf al-Qa'ida aufgeworfen: Während eine Fraktion in der US-Administration sich mit dem gegenwärtig erreichten Zustand zufrieden zeigt und mögliche Kapitulationen von Qa'ida-Kämpfern zu akzeptieren bereit ist, tendieren andere dazu, den Kampf gegen Qa'ida-Mitglieder trotz der erzielten Erfolge unnachsichtig fortzusetzen und ihre

¹⁹ Die Welt, Berlin, 22.12.2001 (US-Mehrheit für Ausweitung des Feldzuges gegen Terror).

²⁰ Vgl. Die Welt, Berlin, 20.10.2001 (Powell: Ein langer, harter Einsatz); Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 13.10.2001 (Bush spricht von Jahren des Krieges); Die Welt, Berlin 23.11.2001 (Afghanistan ist erst der Anfang); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 24.12.2001 (Bush: Das nächste Jahr wird ein Kriegsjahr).

²¹ Vgl. hierzu das ausführliche Interview mit dem früheren außenpolitischen Berater von US-Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, in: Die Welt, Berlin, 11.12.2001 (Politisch und militärisch existiert Europa nicht); vgl. auch die signifikante Aussage von US-Verteidigungsminister Rumsfeld, die den Sachverhalt widerspiegelt („In diesem Krieg wird die Mission die Koalition definieren – nicht anders herum.“).

²² Vgl. Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 15.9.2001 (Staaten beseitigen oder Völker kollektiv bestrafen?); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 9.10.2001 (Washington muß sich auf den Kampf gegen Terroristen beschränken); ebenda, 21.12.2001 (Nur im Rahmen des Rechts).

²³ Le Monde, Paris, 20.12.2001 (Selon Washington, aucun nouveau mandat de l'ONU n'est nécessaire pour frapper d'autres pays).

„Auslöschung“ zu betreiben.²⁴ Verschiedene Äußerungen lassen vermuten, dass die zuletzt genannte Option derzeit präferiert wird; Anteil an dieser Entscheidung hat zweifellos die harte Haltung von Qa^ʿida-Mitgliedern (hohe Moral; geringe Reuebereitschaft). Einen Anteil hat aber auch die Tatsache, daß trotz der Demonstration überlegener Waffentechnologie den USA die Genugtuung eines Todes von Ibn Ladin oder seine Gefangennahme bislang versagt blieb, weil ihm allen Anschein nach über Iran die Flucht ins Ausland gelang.²⁵ So äußerte US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz im November 2001, dass Ibn Ladin „sowohl aus symbolischen als auch aus operativen Gründen das wichtigste Ziel“²⁶ der Operationen bleibe, selbst wenn er nicht das einzige Ziel sei. Nach Angaben von US-Generalstabschef General Myers werde vielmehr die gesamte Qa^ʿida-Führung, die mehrere Dutzend Personen umfasse, gesucht.²⁷ Das Qa^ʿida-tracking bleibt denn auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe („Keep the focus on Qaida, wherever it operates“)²⁸ und die Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 17.1.2002 mit ihren globalen Sanktionsmaßnahmen gegen al-Qa^ʿida (Einfrierung von Qa^ʿida-Geldern; Beachtung des Reiseverbots für Qa^ʿida-Mitglieder; striktes Waffenembargo)²⁹ schafft eine international legitimierte Grundlage.

²⁴ Vgl. zur Diskussion International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 14.12.2001 (Defining the objective of U.S. fury: to defeat or to annihilate Qaida?); ebenda, 15.1.2002 (Down but not out: Qaida danger persists).

²⁵ Dies gilt auch für Taliban-Führer Mulla Umar: „Keiner weiß, wo sie sind“; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 7.1.2001; Financial Times, London, 16.1.2002 (Shadowy war keeps up hunt for al-Qaeda); Die Welt, Berlin, 21.1.2002 (Osama Bin Laden soll schon längst über den Iran geflohen sein).

²⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 29.11.2001 (Wolfowitz: Das wichtigste Ziel ist Bin Ladin selbst).

²⁷ Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 22.11.2001 (Bin Ladin nicht das einzige Ziel der Amerikaner).

²⁸ So der Ex-Chief of Counterterrorism Vincent M. Cannistraro, in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 6.12.2001.

²⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 18.1.2002 (Weltweite Sanktionen gegen Al Qaida).

Bekämpfung von Unterstützerstaaten des Terrorismus

In der zweiten Novemberhälfte,³⁰ insbesondere nach der Einnahme Kabuls durch die Nordallianz, verstärkten sich die Ankündigungen eines „globalen Feldzuges“ (Präsident Bush) gegen den Terrorismus über die Grenzen Afghanistans hinaus: „Afghanistan ist erst der Anfang im Krieg gegen den Terror. Es gibt andere Terroristen, die Amerika und unsere Freunde bedrohen, und andere Nationen als willige Sponsoren. Wir werden diese Übeltäter über die Jahre auf der ganzen Welt bekämpfen.“³¹ Insbesondere die just zu diesem Zeitpunkt von Präsident Bush formulierte Aufforderung an Saddam Husain, die UNO-Waffeninspektoren wieder in den Irak zu lassen, wurde in den Medien als Auftakt zur zweiten internationalisierten Phase des Krieges gegen den Terrorismus interpretiert.³² Wenngleich es von offizieller Seite (Pressesprecher des *State Department* Richard Boucher) am 19.11.2001 hieß, dass bislang keinerlei Entscheidung über Militäroperationen gegen oder in Drittstaaten gefallen seien, wurde in den US-Medien immer mehr über weitere Militäreinsätze in Drittstaaten spekuliert³³ und dabei besonders der Irak als potentiell Ziel von Antiterrorismusmaßnahmen aufgebaut. Allerdings konnte hierbei keine direkte Verbindung Qa'ida-Irak als Begründung herangezogen werden; es mussten folglich andere Motive gefunden werden: „Any one seeking links between the Taliban's Mohammad Omar and Saddam Hussein need only look at how each has brutalized his own people (...).“ „In plain language, that means Iraq, which has also been abandoned by the world to fester in the hands of a band of criminal psychopaths pretending to be a government.“³⁴

Mitte Januar 2002 verdichtete sich die Bereitschaft der USA zu weiteren Antiterrorismuseinsätzen außerhalb Afghanistans; die aus Afghanistan geflohenen Qa'ida-Kämpfer mit Zielrichtung Somalia,

³⁰ Noch im Oktober 2001 hat US-Außenminister Powell bestritten, dass es Pläne für Angriffe auf andere Länder gebe; vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 12.10.2001 (Derzeit keine US-Pläne für Angriffe auf andere Staaten).

³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 23.11.2001 (Bush kündigt globalen Feldzug an).

³² Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.11.2001 (Phase II im Anti-Terror-Kampf).

³³ Vgl. z.B. al-Ahram, Kairo, 26.11.2001 (al-harb al-amrikiya); L'Opinion, Rabat, 24.11.2001 (Les USA s'interrogent: Qui frapper après l'Afghanistan).

³⁴ Jim Hoagland in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 19.11.2001 (If it's "never again", stop ignoring terrorism's host regimes).

Jemen, aber auch den Golfstaaten und möglicherweise dem Sudan lieferten erst recht den Anlaß, zumindest Somalia und Jemen ins Visier zu nehmen. Am 8.1.2002 äußerte in diesem Kontext US-Verteidigungsminister Rumsfeld in einem Beitrag für die *New York Times*, dass es in der gegenwärtigen Antiterrorismusstrategie darum gehe, „Terrorismusorganisationen in Ländern wie Somalia, dem Jemen, Indonesien und den Philippinen Zuflucht und Unterstützung zu verweigern“.³⁵ Er wies lobend darauf hin, dass die genannten Staaten zwar einige entschiedene Schritte zur Terrorismusbekämpfung getan hätten (s.u.), nicht jedoch der Irak, dessen Präsident Saddam Husain „lediglich vorübergehend den Kopf eingezogen habe“. US-Außenminister Powell seinerseits warnte am 9.1.2002 Somalia und „andere Staaten“, dass sie die nächsten Ziele werden könnten, wenn sie nicht energisch Antiterrorismusmaßnahmen umsetzen.³⁶ Offen blieb, ob die US-Streitkräfte gleichzeitig oder sukzessive gegen die neuen Ziele vorgehen würden.³⁷

Bislang (Stand Ende Januar 2002) ist die über Afghanistan hinausreichende Antiterrorismusbekämpfung der USA nicht dem von Experten und Medien vorausgesagten Muster gefolgt, da die primär genannten Zielstaaten für Antiterrorismusmaßnahmen: nämlich Irak, Jemen, Somalia und Sudan aus den unterschiedlichsten Gründen (s.u.) noch nicht in den Focus imminenter direkter US-Maßnahmen gerieten. Dies trifft hingegen für die Südphilippinen zu, wo seit Januar 2002 die Vorbereitungen zur Entsendung von 600 US-Soldaten einschließlich 160 Mann *Special counterterrorism operation forces* laufen (Landung der ersten Kräfte am 20.1.2002), deren Aufgabe die Schulung philippinischer Truppen zur Bekämpfung der auf Mindanao operierenden Abu-Sayyaf-Gruppe sein wird, der wiederum enge Verbindungen zu al-Qa^cida

³⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 9.1.2002 (Wieder Schläge auf Al-Qaida-Lager).

³⁶ Vgl. al-Ahram, Kairo, 10.1.2002 (wazir al-khariyya al-amriki).

³⁷ Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 10.1.2002 (Terrorist havens. Discuss the next steps); offensichtlich ist, dass das Vorgehen nicht einem vorher festgelegten „Drehbuch“ folgt, sondern dem „durchsetzbaren Notwendigen“: „Still, the White House seems not to have many ready answers about its own next moves.“ (ebenda, 11.1.2002)

nachgesagt werden.³⁸ Ein Problem stellt sich für die US-Administration in jedem Fall hinsichtlich der *Phase II des Antiterrorismuskampfes*: In dem Maße, in dem sich die konkreten Ziele zur Bekämpfung des Terrorismus mit dem Abschluß der Operationen in Afghanistan regional und inhaltlich aufsplintern, multiplizieren sich die Einsatzziele und Einsatzfelder. Darüber hinaus verstärkt sich die Abhängigkeit der USA von ihren regionalen Partnern in der Antiterrorismuskalition³⁹ bzw. es vervielfachen sich die Optionen für den Umgang mit kooperationsbereiten Staatsführungen, auf deren Territorien al-Qa'ida-Netzwerke operieren. Dies schließt für die US-Administration die schwerwiegende Frage ein „how much of the fighting to do itself and how much should be left to proxy armies abroad“.⁴⁰ Das afghanische Beispiel (Fluchtmöglichkeit für Usama Ibn Ladin; unwillige bzw. nachlassende Talibanbekämpfung der Paschtunen) führte bereits zur inneramerikanischen Kritik und stärkte die Ansicht, daß nur ein massives, kontinuierliches Eigenengagement zu dauerhaftem Erfolg führen kann, nicht jedoch die Delegation von Aufgaben an (formale) Verbündete.

Negative Nebeneffekte der US-Antiterrorismusstrategie

Unabhängig von ungelösten Strategiefragen haben die bislang getroffenen Entscheidungen zu kritischen Anmerkungen in einem Teil der US-Administration und der amerikanischen Öffentlichkeit geführt, die sich in der Hauptsache auf die politischen Systeme der Regionalpartner in der Antiterrorismuskalition bezogen. Hauptkritikpunkt war, dass sich die USA – ausschließlich dem Ziel der Terrorismusbekämpfung verpflichtet – mit Staaten arrangieren, deren autoritäre und repressive innenpolitische Ausprägung in normalen Zeiten

³⁸ Details vgl. Die Welt, Berlin, 16.1.2002 (USA weiten den Anti-Terror-Krieg auf die Philippinen aus); International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 17.1.2002 (War on terrorism heads to southern Philippines); Financial Times, London, 18.1.2002 (Mixed feelings over US troops in Philippines). Die Beziehungen zu al-Qa'ida sind unter südasiatischen islamistischen Gruppen auf die Abu-Sayyaf-Gruppe beschränkt; vgl. Le Monde, Paris, 21.12.2001 (Asie du Sud-est: un terrorisme sans lien réel avec Al-Qaida).

³⁹ Dies schließt insbesondere Zentralasien in die Entscheidung ein, ob und in welcher Form die temporäre Militärpräsenz in Zentralasien in eine permanente Präsenz mit Terrorismus-Containment-Funktion umgewandelt wird.

⁴⁰ Financial Times, London, 19.1.2002 (War, part two).

Gegenstand heftigster Anfeindung gewesen wäre. Während auf der einen Seite öffentlich verkündet wurde, dass es „keinen Platz mehr für terroristische Staaten in der anbrechenden Neuen Welt“ (Jim Hoagland) gebe,⁴¹ wurden auf der anderen Seite als terroristisch eingestufte Staaten wie Syrien, Libyen und Sudan offiziell um Mithilfe ersucht⁴² und zahlreiche andere autoritäre Staaten der Region von Ägypten bis Tunesien, aber auch Staaten wie Russland und China Mitglied in der Antiterrorismuskalition. Dies ist, wie es François Heisbourg von der Pariser *Fondation pour la Recherche Stratégique* formulierte, „eine neue Variation über das Thema Realpolitik“.⁴³ Der Zweck heiligt die Mittel (Heisbourg: „Wir belohnen Gaddafi für seine Rolle im Kampf gegen den Fundamentalismus“), oder wie es US-Verteidigungsminister Rumsfeld ausdrückte: „Die (Antiterror-)Allianz entsteht durch ihre Aufgabe“. Ausgangspunkt dieser Auffassung ist die Erklärung von US-Präsident Bush vom 20.9.2001: „Every nation in every region now has a decision to make: Either you are with us or you are with the terrorists.“

Während eine Fraktion in der US-Administration diese Politik der Einbindung von Staaten, zu denen die USA bislang Distanz gehalten haben oder gegen die offen agiert worden war, aus prinzipiellen Gründen⁴⁴ ablehnte und diese Ablehnung mit dem Verlust an Glaubwürdigkeit „westlicher“/„freiheitlicher“ Politik⁴⁵ begründet, lehnt eine zweite Fraktion diese Politik wegen der erwarteten konkreten politischen Folgen in den kooperierenden Staaten ab: „The risk, of course, is that, by embracing these regimes – particularly providing them with police and military aid • we may actually bolster hard-line elements that will make matters worse.“ Keine dieser Fraktionen konnte sich

⁴¹ Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 14.12.2001; vgl. auch ebenda, 6.12.2001 (Beware, states, you're responsible for terrorists).

⁴² Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 31.10.2001 (Hoffen auf Sorgenstaaten. USA bitten Syrien, Libyen und den Sudan um Hilfe).

⁴³ Interview mit Heisbourg in: Die Welt, Berlin, 29.12.2001 (Al Qaidas Ende ist noch fern).

⁴⁴ Vgl. z.B. ausführlich Michael Rubin: Don't „engage“ Rogue Regimes, Dezember 2001, www.washingtoninstitute.org/media/rubin-engage.htm.

⁴⁵ Vgl. Robert D. Kaplan, in: Die Welt, Berlin, 19.9.2001 (Rückkehr der Geschichte. Demokratie weltweit durchzusetzen ist von nun an nicht mehr Washingtons Priorität); ebenda, 6.10.2001 (Verkehrte Welt der US-Außenpolitik. Diktatoren werden jetzt zu Alliierten und Freunde auf Treue überprüft); Die Zeit, Hamburg, 4.10.2001 (Wenn aus Schurken Alliierte werden. Amerikas Allianz gegen den Terror sammelt Freunde und Finsterlinge).

indessen durchsetzen, so dass sich in der Praxis eine politische Bündnisstrategie wiederholt, die bereits im Kampf gegen den Kommunismus eingesetzt wurde.⁴⁶ Die Chance einer reflektierten Antiterrorismusbekämpfung wurde zudem durch das trotz aller „Langsamkeit“ übereilte militärische Vorgehen der USA vertan.

3. Die Reaktionen der Staaten im US-Visier

Die Ankündigungen der US-Administration zur möglichen Ausweitung der Antiterrorismusbekämpfung auf Drittstaaten in der Region Nordafrika/Nah- und Mittelost⁴⁷ haben neben den indizierten Staaten sowohl die Regionalorganisationen *Arabische Liga* und *Organisation Islamische Konferenz* als auch von Beschuldigungen nicht direkt betroffene Drittstaaten in der Region (in erster Linie Ägypten) zu Reaktionen veranlaßt. Die *Arabische Liga* hat vor allem in der Person ihres Generalsekretärs Amr Musa in zahlreichen sukzessive erfolgten Erklärungen deutlich vor einem Angriff auf einen arabischen Staat gewarnt und einen solchen Angriff inakzeptabel genannt: „The Arabs will never accept targeting any Arab country in the war against terrorism, and everyone knows that such a move would represent a U-turn in efforts to establish an international coalition.“⁴⁸ Gleiches gilt für die *Organisation Islamische Konferenz*, die u.a. anlässlich ihres Außenministertreffens in Doha am 10.10.2001 mit ähnlich scharfen Worten die regionale Ausdehnung des militärischen Antiterrorismuskampfes abgelehnt hat. Von den arabischen Staatsechfs war es der ägyptische Präsident Mubarak, der besonders offensiv weitere US-Angriffe zurückwies und sich in seinen öffentlichen Verlautbarungen

⁴⁶ IPS, Washington D.C., 23.9.2001 (Politics-U.S.: Anti-Terrorism takes the place of Anti-Communism).

⁴⁷ Die lokalen Reaktionen der Staatsführungen, gesellschaftlicher Gruppen/Organisationen (Religionsgelehrte; Parteien; Menschenrechtsorganisationen usw.) auf die Anschläge in New York und Washington am 11.9.2001 sowie auf den Beginn des Afghanistankriegs am 7.10.2001 stehen hier nicht im Mittelpunkt. Sie sind in der Tagespresse und anderen Periodika ausführlich dokumentiert. Allerdings hat es nicht den Anschein – um mit dem ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland, Avi Primor, zu sprechen – „als machte sich Präsident Bush tatsächlich große Sorgen über die Befindlichkeiten in der arabischen Welt“ (Die Welt, Berlin, 3.12.2001: Der Terror wird Amerika und Israel nur fester aneinander binden).

⁴⁸ BBC, London, 4.11.2001 (Arab League head says any attack on Arab states unacceptable); vgl. auch BBC, 10.10.2001 (Arab League chief warns against attacks on Arab countries).

überzeugt zeigte, dass es Angriffe auf ein arabisches Land auch nicht geben werde.⁴⁹ Zugleich wurde in Kairo wie in anderen arabischen Hauptstädten trotz aller Zustimmung zur Entmachtung des Talibanregimes und der ansatzweisen Zerschlagung des Qa'ida-Netzwerkes Kritik an der US-Liste der terroristischen Organisationen geübt, wie diese Liste al-Qa'ida auf die gleiche Stufe stellt wie die Hizbollah oder Hamas. Für die überwältigende Mehrheit der arabischen Öffentlichkeit sind Hizbollah und Hamas jedoch legitime Widerstandsgruppen, keine Terrorgruppen.⁵⁰ Dies hatte zur Konsequenz, dass sich vor allem die Staatsführungen Libanons und Syriens für eine (UNO-)Konferenz aussprachen, auf der eine genaue Definition von *Terrorismus* und *legitimem Widerstand* als Grundlage für außenpolitisches Handeln vorgenommen werden soll.⁵¹

Neben den Regionalorganisationen haben die von den USA hinsichtlich der Terrorbekämpfung indizierten Staaten (mit Ausnahme des Irak) selbst mit unterschiedlich weitreichenden Maßnahmen reagiert und damit versucht, sich aus dem „Schussfeld“ zu nehmen.

Irak: Bereits wenige Tage nach den Anschlägen vom 11.9.2001 wurden auch Verdächtigungen gegen den Irak als Urheber oder Unterstützer des Urhebers (al-Qa'ida) laut;⁵² die erste Verdächtigung war von vorneherein nicht haltbar und für die zweite Verdächtigung fehlen bis heute stichhaltige Beweise, weil sich selbst Meldungen über Kontakte des Attentäters Atta mit dem irakischen Geheimdienst in Prag nicht bewahrheiteten.⁵³ Dennoch steht der Irak seit November 2001 mit steigender Häufigkeit auf der Liste möglicher Zielstaaten von US-Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen ganz oben.⁵⁴ Allerdings mit

⁴⁹ Vgl. z.B. al-Ahram Weekly, Kairo, 18.10.2001 (Peacemaking as a weapon. Cairo confident that no Arab country will be targetet by US); al-Hayat, London, 18.10.2001 (Mubarak: Washintun ...).

⁵⁰ Vgl. L'Opinion, Rabat, 15.11.2001 (Tollé arabe concernant la liste américaine); Arabische Politologen diskutierten diese Problematik bereits Mitte September 2001 in Kairo; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 18.9.2001 (Eine Entmachtung der Taliban wäre eine große Hilfe für die arabische Welt).

⁵¹ Vgl. zuletzt die Bemühungen von Präsident Asad Mitte Januar 2002; L'Orient-le Jour, Beirut, 15.1.2002 (Assad s'entretient avec Bush et appelle à définir le terrorisme).

⁵² Die Welt, Berlin, 20.9.2001 (USA verdächtigen auch Iraks Diktator Saddam Hussein).

⁵³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 7.1.2002 (Der Irak ist nicht Afghanistan. Gegen Saddam gibt es nicht genug Beweise).

⁵⁴ Vgl. z.B. Associated Press, 23.11.2001 (Iraq tops list of U.S. terror targets).

abgewandelter Begründung: Nicht wegen des Vorwurfs einer Verwicklung in die Anschläge vom 11.9.2001, sondern wegen der „generellen Unterstützung des Terrorismus“ (so Vizeverteidigungsminister Wolfowitz in einem Interview mit Le Monde, Paris vom 29.11.2001), wegen den anhaltenden Ambitionen im Bereich der Massenvernichtungswaffen⁵⁵ und – weniger direkt ausgesprochen – wegen der günstigen weltpolitischen Situation zum Sturz von Saddam Husain, der 1991 während des Golfkrieges nicht erreicht worden war.⁵⁶ Auf diese ernsthaften Bedrohungen gegenüber dem Irak, die durch Enthüllungen über laufende Planungen/Vorbereitungen (u.a. in Newsweek Ende Dezember 2001) angeheizt wurden,⁵⁷ haben die Regionalstaaten⁵⁸ mit scharfer Zurückweisung und Warnungen reagiert, ergänzt um laut formulierte Bedenken von seiten der UNO (Kofi Annan),⁵⁹ Russlands, Frankreichs und Großbritanniens⁶⁰ über den wahrscheinlichen Zerfall der Antiterrorismuskalition und den nicht mit Afghanistan zu vergleichenden Militäroperationen. Saddam Husain selbst trug zum *top-ranking* des Irak auf der Angriffsliste durchaus bei: Nicht nur dass der Irak als einziges arabisches Land den USA nach den Anschlägen nicht kondolierte, die Anschläge wurden vielmehr als Quittung für die doppelbödige und imperiale Politik der USA bezeichnet, die USA der Kriegstreiberei bezichtigt.⁶¹ Auch wenn sich Saddam

⁵⁵ Vgl. Rede von Präsident Bush vom 26.11.2001 mit ultimativer Forderung nach Rückkehr der UNO-Inspektoren; Le Monde, Paris, 28.11.2001 (Bush adresse une nouvelle mise en demeure à l'Irak).

⁵⁶ Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 20.11.2001 (The moment for Bush to tackle Saddam); ebenda, 5.12.2001 (To stem terrorism, depose Saddam). Diese Argumentation wird insbesondere von den Hardlinern in der US-Administration vertreten; vgl. Die Welt, Berlin, 11.1.2002 (Die amerikanischen Falken denken wieder an ein „Endspiel“ im Irak); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 16.1.2002 (Lieberman: Sturz Saddams nötig): Die irakische Exilopposition unterstützt mehrheitlich einen Angriff, der das Ziel hat, Saddam Husain zu stürzen.

⁵⁷ Vgl. Le Monde, 21.12.2001 (A Washington, une „recherche permanente de plans et d'idées » pour en finir avec Saddam Hussein); zeitweise wurden bereits Daten (Mitte Januar; Mitte März 2002) für bevorstehende Militäroperationen genannt.

⁵⁸ Financial Times, London, 31.10.2001 (Don't target Iraq, warns Jordan's monarch); Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 30.11.2001 (Arabische Warnungen); Kritik auch von seiten Syriens, des Libanons und des Iran (WPD, 22.12.2001: Iran not to accept possible U.S. strike on Iraq).

⁵⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 11.12.2001 (Annan: Ein Angriff auf Irak wäre unklug).

⁶⁰ Vgl. z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 30.11.2001 (London und Paris gegen Angriff auf Irak).

⁶¹ Vgl. Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 13.9.2001 (Irak bezeichnet Anschläge als Quittung für USA); Die Welt, Berlin, 20.9.2001 (Saddam Hussein im Wortlaut);

Husain hütete, die USA offen zu provozieren,⁶² formal sogar sich am 9.12.2001 zum Dialog mit den USA bekannte, so liefen im Irak die Vorbereitungen zur Abwehr eines Angriffs auf Hochtouren⁶³ an und gab sich Saddam Husain siegessicher: „Jeder Angreifer wird besiegt.“⁶⁴ Diplomatisch hat er insofern einen Erfolg verbucht, als Amr Musa Mitte Januar 2002 der erste Generalsekretär der Arabischen Liga seit 1991 war, der den Irak besucht und damit außenpolitisch gestärkt hat, indem er die arabische Solidarität mit dem Irak bei der Abwehr eines möglichen Angriffs signalisierte.⁶⁵ Im Gegensatz dazu hat US-Außenminister Powell aus der Sicht der USA festgestellt, „that Iraq has nothing done to win points since Sept. 11“ (Washington Post, 31.12.2001).

Jemen: Im Unterschied zum Irak hat die Aufnahme des Jemen in den engeren Kreis potentieller Ziele für amerikanische Antiterrorismusmaßnahmen – vor dem Hintergrund der gespannten Beziehungen wegen der bisherigen Duldung von terroristischen *safe havens* auf jemenitischem Territorium und wegen des Anschlags auf den US-Zerstörer Cole am 12.10.2000 – zu einer relativ ausgeprägten Kooperationsbereitschaft der jemenitischen Staatsführung um Präsident Salih geführt mit dem Ziel, es zum „worst case“ eines Angriffs/einer Intervention nicht kommen zu lassen. Nur wenige Tage nach den Anschlägen vom 11.9.2001 hat der jemenitische Außenminister al-Qirbi die Bereitschaft seines Landes bei der Bekämpfung des Terrorismus betont,⁶⁶ erste Verhaftungen von *arabischen Afghanen* (nicht unbedingt al-Qa'ida-Mitgliedern) und ausländischen Islamisten folgten⁶⁷ genauso wie Maßnahmen zur Zerschlagung des Finanznetzwerks Ibn Ladins. Die Rahmenbedingungen der starken Kooperation mit dem CIA und FBI sowie der eigenen Antiterrorismusmaßnahmen wurden dann von Präsident Salih anlässlich seines Besuchs in den USA ab 24.11.2001

parallel dazu wurden die anderen arabischen Staaten wegen ihrer Unterstützung der Antiterrorismuskolalition kritisiert (Iraqi TV, 16.10.2001).

⁶² Ganz lassen konnte es die irakische Staatsführung indes nicht, denn Anfang Januar 2002 wählten bei einer Umfrage in Bagdad angeblich die Interviewten Usama Ibn Ladin zur „besten Person des Jahres 2001“ (al-Ahram, Kairo, 14.1.2001: Ibn Ladin).

⁶³ Le Monde, Paris, 30.12.2001 (Bagdad se prépare à l'éventualité de frappes).

⁶⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 7.1.2002.

⁶⁵ al-Ahram Weekly, Kairo, 3.1.2002 (Mission to Baghdad); al-Hayat, London, 18.1.2002 (Baghdad).

⁶⁶ BBC, London, 20.9.2001 (Minister says ...).

festgelegt.⁶⁸ Teil der Abmachungen war im Gegenzug zur Bereitstellung von Wirtschaftshilfe die Zusage des Jemen zum verstärkten Vorgehen gegen islamistische Gruppen und Qa'ida-Mitglieder einschließlich der Festnahme von Stammesführern, die mit solchen Personen sympathisieren, und der Neutralisierung aller Lager islamistischer Gruppen im Gebiet Marib, Hadramaut, Abyan und Shabwa. Die aktive Umsetzung dieser Vereinbarungen⁶⁹ ist ein Beweis für den unter dem Eindruck asymmetrischer Machtverhältnisse und dem dezidierten Auftreten der USA nach dem 11.9.2001 erzwungenen Wandel, zu dem es wenig Spielraum gab: „Given a choice between the Bush administration being very unhappy with him (Präsident Salih, d.V.) and trying to do more, he quickly decided what was in his best interest“.⁷⁰

Somalia: Die drei Herrschaftsgebiete Somalias (Somalia, Somaliland und Puntland) sehen sich seit September 2001 nicht nur wegen ihrer Einbeziehung in das Qa'ida-Netzwerk⁷¹ im Visier des US-Antiterrorismuskampfes, sondern auch seit November 2001 wegen der Möglichkeit, dass nach dem Sturz des Talibanregimes Qa'ida-Kämpfer via Pakistan in einem der somalischen Teilgebiete, primär bei der *Ittihad al-islami*⁷² in Puntland, Zuflucht suchen.⁷³ Somalia fungiert deshalb auf einem der oberen Plätze jener Liste von Staaten, in denen die US-Streitkräfte als nächstes ihren Antiterrorismuskampf fortsetzen wollen.⁷⁴

⁶⁷ Vgl. Le Monde, Paris, 13.10.2001 (Le Yémen, Ben Laden et les « afghans »).

⁶⁸ Vgl. al-Ahram Weekly, Kairo, 29.11.2001 (Profession of fealty. Yemen is leaning over backwards to prove its loyalty to the American war against terrorism).

⁶⁹ Unter dem Damoklesschwert der amerikanischen Drohungen kam es ab 18.12.2001 tatsächlich zu ersten massiven Angriffen auf Islamistenlager und zur Verhaftung von Qa'ida-Mitgliedern; Anfang Januar 2002 wurden 20 Stammesführer verhaftet. Vgl. Details International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 19.12.2001 (Yemeni forces attack Bin Laden Associates); Financial Times, London, 19.12.2001 (Hunt for terrorist stepped up as US focuses on Yemen); Yemen Times, Sanaa, 14.1.2002 (Tribal sheikhs detained).

⁷⁰ Washington Post, Washington D.C., 31.12.2001 (Yemen); vgl. auch International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 24.12.2001 (Change in Yemen).

⁷¹ Vgl. Xinhua, 12.12.2001 (U.S. Official accuses Somalia of harbouring terrorists).

⁷² Zur islamistischen *Ittihad al-islami* vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 26.9.2001 (Somalie) und Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 17.11.2001 (Usama bin Ladins langer Schatten in Somalia).

⁷³ Dieser Fluchtweg soll durch entsprechende westliche (deutsche) Marinepräsenz (Kontrolle des Personen- und Warenverkehrs am Horn von Afrika) unterbunden werden; vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 5.1.2002 (Größter deutscher Marineeinsatz seit 1945; 12 Schiffe unterwegs nach Ostafrika). Hinzu kommen verstärkte Aufklärungsflüge der US-Luftwaffe.

⁷⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 16.11.2001 (Schlüsselrolle für Somaliland); Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29.11.2001 (Somalia sieht sich zunehmend

Nach Angaben aus US-Militärkreisen soll die US-Armee trotz des Desasters von 1993 einen Einsatz in Somalia vorbereiten. Unter dem Druck der USA haben die politischen Verantwortlichen in den somalischen Herrschaftsgebieten aber auch vor dem 11.9.2001 undenkbar Zugeständnisse gemacht (amerikanische Ermittler im Dezember in Baidoa/Somaliland; Verhaftung von acht Irakern in Mogadischu/Somalia am 19.12.2001; Zulassung eines UN-Teams Mitte Dezember 2001 zur Evaluierung möglicher Verbindungen zwischen Institutionen/Personen und al-Qa^{ida}). Der somalische Kriegsherr Husain Muhammad Aidid hat (aus Eigeninteresse) für einen US-Militäreinsatz plädiert bzw. den USA gar seine aktive Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus (der anderen somalischen Fraktionen) angeboten.⁷⁵

Sudan: Im Sudan, wo mit der Entmachtung Hasan al-Turabis bereits im Dezember 1999 ein außenpolitischer Kurswechsel und eine langsame Distanzierung von terroristischen islamistischen Gruppen⁷⁶ stattgefunden hat, bedeuteten die Anschläge vom 11.9.2001 lediglich eine Stärkung der bereits im Vorjahr angelaufenen Kooperation zwischen sudanesischen Sicherheitsbehörden und CIA/FBI.⁷⁷ Trotz der in den Medien zirkulierenden Berichte, dass der Antiterrorismuskampf in Bälde auf andere Länder ausgedehnt werde,⁷⁸ gab sich die sudanesische Staatsführung angesichts der ergriffenen Maßnahmen (bislang zurecht) sicher, dass es einen solchen Schritt gegen den Sudan nicht geben werde.⁷⁹ Die sudanesischen Sicherheitsbehörden haben als Teil ihres Beitrags zur Antiterrorismuskalition nicht nur im November 2001 mehrere der Verwicklung in Terrorismus verdächtige ausländische arabische Residenten an die US-Behörden überstellt und die Sicherheitsmaßnahmen an den Grenzen verschärft, um eine Infiltration

im Visier); al-Ahram Weekly, Kairo, 27.12.2001 (Somalia next on the block?); International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 5.1.2002 (U.S. sharpens focus on Somalia).

⁷⁵ Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 29.12.2001 (Kriegsherren plädieren für Militäreinsatz in Somalia); L'Orient-le Jour, Beirut, 7.1.2002 (Chef de guerre). Abdullahi Yussuf (Puntland) offeriert gleichfalls Hilfe gegen das „terroristische Somalia“; vgl. Financial Times, London, 21.1.2002 (Puntland's ex-president).

⁷⁶ So hielt sich Usama Ibn Ladin von 1993-1996 im Sudan auf und baute die *Qa^{ida} international* auf.

⁷⁷ AP, 17.9.2001 (Sudan will cooperate with U.S. in hunt for terrorists).

⁷⁸ Sunday Times, London, 25.11.2001 (US targets three more countries).

⁷⁹ AFP, 12.12.2001 (Sudan says it is not a potential US target in „anti-terror war“).

von flüchtigen Qa^cida-Mitgliedern zu verhindern,⁸⁰ sondern sich auch bei der Offenlegung der Qa^cida-Finanzstruktur und der Einfrierung von Konten aktiv gezeigt.

Iran, Libyen, Syrien: Die iranische Staatsführung, die durchaus ein nationales Interesse am Sturz des Talibanregimes hatte⁸¹ und insofern die Antiterrorismuskolalition verhalten unterstützte, was zunächst zu einer vorsichtigen Annäherung an die USA führte, hat in verschiedenen Erklärungen deutlich die Grenzen einer gemeinsamen Antiterrorismusbekämpfung aufgezeigt. Zum einen hat Revolutionsführer Khamenei wiederholt geäußert, dass er eine Bekämpfung des Terrorismus unter der Ägide der UNO, nicht jedoch der USA befürwortet;⁸² zum anderen hat Außenminister Kharrazi mehrfach für die notwendige Definition von Terrorismus (in Abgrenzung zu legitimem Widerstand) und dessen Wurzeln plädiert, was zwangsläufig eine Neubewertung des „palästinensischen Terrorismus“ und der Haltung zu Israel zur Folge habe.⁸³

Im Gegensatz zu dieser harten Frontlinie zwischen Iran und USA⁸⁴ ist die Antiterrorismuskoooperation Libyens und Syriens mit den USA flexibler und pragmatischer. Der libysche Revolutionsführer Mu^cammar al-Qaddafi hat nicht nur den Hinterbliebenen der Anschlagopfer vom 11.9.2001 sein Beileid ausgesprochen und zu Blutspenden aufgerufen, sondern explizit den USA das Recht auf Vergeltung zugebilligt. Die libyschen Sicherheitsbehörden, seit Beginn der 1990er Jahre bis etwa 1997/98 selbst in blutige Auseinandersetzungen mit islamistischen Oppositionsgruppen verwickelt, haben zudem den US-Behörden „nützliche und umfangreiche“ Informationen u.a. über Qa^cida-Mitglieder zur Verfügung gestellt. Zweifellos geschah all dies nicht aus purer

⁸⁰ Vgl. AFP, 25.12.2001 (Sudan taking steps).

⁸¹ Vgl. Financial Times, London, 15.10.2001 (Pragmatic Iran has own reasons for wanting an end to Taliban).

⁸² Vgl. z.B. BBC, London, 27.9.2001 (Khamenei says Iran will not support US-led move against terrorism).

⁸³ WPD, 29.9.2001 (Iran unanimous with Arab states over fighting terrorism).

⁸⁴ Die Verhärtung der Positionen führte Anfang Januar 2002 zur deutlichen Warnung Präsident Bushs an den Iran „not to aid al-Qaeda“ (International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 11.1.2002).

Hilfsbereitschaft für das Terroropfer USA,⁸⁵ sondern durchaus auch mit der politischen Absicht, die endgültige Aufhebung der UNO-Sanktionen und der US-Sanktionen zu erreichen und den außenpolitischen Handlungsspielraum zu maximieren. Die USA ihrerseits erkennen die libyschen Bemühungen an; Außenminister Powell hat denn auch im Dezember 2001 gemeint: „Libya has been moving in a more positive direction with respect to his activities.“⁸⁶ Diskussionen zur Streichung Libyens von der US-Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten sind im Gange.⁸⁷

Die syrische Staatsführung verfolgte gleichfalls einen Kurs der vorsichtigen Teilnahme an der Antiterrorismuskalition. So ließ Präsident Bashshar al-Asad noch am Tag der Terroranschläge Hunderte von Islamisten verhaften und ihre Namen dem US-Botschafter in Damaskus überreichen und signalisierte die Möglichkeit von Gesprächen bzw. einer verstärkten Kooperation.⁸⁸ Zugleich äußerte Präsident Asad aber auch Vorbehalte: So werde die Antiterrorismuskoooperation nicht der US-Agenda folgen,⁸⁹ sondern müsse unter UNO-Aufsicht („UN umbrella“) erfolgen und habe auch das Problem Syriens mit seinen Terroristen (=Muslimbrüder)⁹⁰ zu berücksichtigen wie generell erst das Problem der Definition von Terrorismus (im Unterschied zu legitimem Widerstand) gelöst werden müsste.⁹¹

Trotz dieser skizzierten Integration der genannten Staaten in die Antiterrorismuskalition ist die Gefahr einer als „antiterroristische Maßnahme“ begründeten militärischen Aktion der USA gegen diese

⁸⁵ Die Terrorismusbekämpfung Libyens datiert nicht erst seit dem 11.9.2001, sondern geht bereits auf das öffentliche Bekenntnis zu einer solchen Politik gegenüber dem italienischen Premierminister D’Alema (1.12.1999) zurück.

⁸⁶ Washington Post, Washington D.C., 31.12.2001; Powell nannte allerdings auch noch die bestehenden Störfaktoren: “But until we get through the PanAm 103 problem, there will be limits to what we can do with Libya. There is also no question that Libya continues to dabble in weapons of mass destruction development, so I’m not sure how we give them a very high mark.”

⁸⁷ Al-Ahram, Kairo, 6.1.2002 (Ittisalat sirriya).

⁸⁸ BBC, London, 8.11.2001 (Syria. Defence minister reiterates to join fight against terrorism); L’Orient-le Jour, Beirut, 9.1.2002 (Assad: Nous voulons coopérer avec les USA dans la lutte contre le terrorisme).

⁸⁹ BBC, London, 10.10.2001 (Syrian president says cooperation on terrorism will not follow „US agenda“).

⁹⁰ Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 15.1.2002 (Syria recasts its war on Muslim Brotherhood as Anti-Terrorist).

Staaten nicht definitiv ausgeräumt, denn aus US-Sicht könnten diese Staaten noch etliches mehr unternehmen.⁹² Diese Einschätzung der US-Administration gilt im übrigen auch für das Engagement ihrer arabischen Verbündeten in der Region (in erster Linie Saudi-Arabien und die Golfstaaten).⁹³

Schlussbemerkung

Die bisherigen Reaktionen der Mehrzahl nahöstlicher Staatsführungen auf die Antiterrorismusstrategie der USA können trotz aller Unterstützungssignale zugunsten der Terrorismusbekämpfung ein Unbehagen in den nahöstlichen Staaten nicht verdecken; schließlich ist den nahöstlichen Staatsführungen die Antiterrorismuskoooperation von der dominanten Weltmacht USA aufgezwungen worden. Zwei Gründe sind maßgeblich für die Entscheidung zur Teilnahme an der Antiterrorismuskooalition verantwortlich: Die einen wollen den eigenen Schutz vor einem eventuellen militärischen Eingreifen der USA gewährleisten, die anderen wollen die weitere finanzielle oder militärische Unterstützung der USA nicht gefährden.

Das bei den nahöstlichen Staatsführungen vorhandene Unbehagen gegenüber dieser (Zwangs-)Koooperation und das Misstrauen gegenüber den USA drückt sich indirekt in der Forderung nach einer UNO-Konferenz zum Thema Terrorismus und einer in diesem Rahmen gemeinsam erarbeiteten und verabschiedeten bindenden Definition für Terrorismus und legalen Widerstand aus.

Die regelmäßigen Andeutungen seit dem 11.9.2001 über Pläne der US-Administration zum militärischen Eingreifen in nahöstlichen Staaten und die widersprüchlichen Aussagen zu bevorstehenden Militärschlägen gegen Drittstaaten schüren Unsicherheit und Ressentiments in den nahöstlichen Staaten, die gegenwärtig (noch) durch die Kooperationsbereitschaft überdeckt werden. Der Unilateralismus der

⁹¹ Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 15.1.2002 (Assad s'entretient avec Bush et appelle à définir le terrorisme).

⁹² Vgl. z.B. Senator Shelby: „Sudan and Yemen can do a lot more“ (Washington Post, 31.12.2001);

USA, wie er bei der Festlegung der Antiterrorismusstrategie exemplarisch zum Ausdruck kommt, gefährdet eine Einbindung nahöstlicher Staaten in die formal multilateral angelegte internationale Strategie. Langfristig kann diese Strategie gegen transnationalen Terrorismus jedoch nur erfolgreich sein (z.B. bei der Austrocknung vor allem der Finanzierungsquellen), wenn die Bekämpfung auf breiter Basis steht, d.h. die nahöstlichen Staaten dauerhaft einbezieht. Die Drohungen der USA mit Militärschlägen gegen Drittstaaten in Nahost untergraben die fragile Antiterrorismuskolalition und verstärken zudem den verbreiteten latenten politischen Antiamerikanismus,⁹⁴ der zusätzlich durch das im arabischen Raum als einseitig pro-israelisch wahrgenommene Verhalten der US-Administration im eskalierenden israelisch-palästinensischen Konflikt seit 2000/2001 geschürt wird.

⁹³ Vgl. Martin Indyk, Ex-Unterstaatssekretär für Nahost, in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 27.11.2001 (America's Arab Allies need to do much better).

⁹⁴ Vgl. hierzu Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter: Antiamerikanismus und politische Gewalt. Ausdrucksformen und Potential in Nordafrika/Nahost, Hamburg, November 2001 (Wuqûf-Kurzanalysen, Nr. 13).